

23.10.2019 - 16:30 Uhr

## Zwei Sprachregionen - eine Arbeitgeberpolitik

Lausanne (ots) -

Der Schweizerische Arbeitgeberverband stellt anlässlich seines fünfjährigen Jubiläums der «Antenne romande» erfreut fest, dass die Verbandsarbeit in den Landesteilen besser abgestützt ist. Mit einem Zehn-Punkte-Programm fordern die Arbeitgeber das neu zusammengesetzte Parlament auf, seine Reformfähigkeit namentlich in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik unter Beweis zu stellen.

Nach fünfjähriger direkter Präsenz in der Westschweiz zieht der Schweizerische Arbeitgeberverband (SAV) eine positive Zwischenbilanz. Gemäss Marco Taddei, dem Verantwortlichen der «Antenne romande», ist der SAV in der Romandie inzwischen nicht nur besser verankert, sondern kann seine Verbandsarbeit auch abgestimmt auf die Westschweizer Mitglieder verrichten, und zwar nach dem Motto «Zwei Sprachregionen - eine Arbeitgeberpolitik».

Anlässlich des Fünf-Jahre-Jubiläums fordern die Arbeitgeber von der Politik in allen Landesteilen mehr Reformwille statt blinden Aktivismus. Mit gutem Beispiel vorangegangen sind nach Ansicht von SAV-Vizepräsident Jean-Marc Probst die Sozialpartner als gemeinsame Hüter der zweiten Säule. Sie haben dem Bundesrat Anfang Juli einen durchdachten und auch in der Romandie tragfähigen Kompromiss zur Reform der beruflichen Vorsorge präsentiert. Dieser Vorschlag konzentriert sich auf die wesentlichen Punkte, modernisiert, stärkt und vereinfacht die Vorsorgeeinrichtungen. Der überhöhte rentenbildende Mindestumwandlungssatz wird sofort gesenkt, was die milliardenhohe Umverteilung von Jung zu Alt massiv reduziert. Gleichzeitig wird das Rentenniveau über eine für die Arbeitgeber akzeptable Zusatzfinanzierung beibehalten, die besonders für die gewerbliche Wirtschaft tragfähig ist. Bezüger von niedrigem Einkommen und Teilzeitbeschäftigte werden besser versichert, wovon besonders die Frauen profitieren. Ältere Arbeitnehmer sind schliesslich wegen geringerer Pensionskassenbelastungen am Arbeitsmarkt konkurrenzfähiger.

Sophie Dubuis, Mitglied des SAV-Vorstandsausschusses, appelliert an die Parlamentarier, das Gebot der Eigenverantwortung in den Unternehmen wieder mehr zu respektieren und gesellschaftspolitische Anliegen nicht auf die Wirtschaft abzuschieben. Hierzu hat das scheidende Parlament mit dirigistischen Staatseingriffen gesündigt, mit denen der Sozialstaat aufgebläht und die Schaffung von Arbeitsplätzen behindert werden. Dieser verfehlten Staatsgläubigkeit entspringen etwa kantonale Mindestlöhne oder Pläne für zwangsfinanzierte Eltern-, Betreuungs- sowie Adoptionsurlaube, die der SAV vehement ablehnt. Der flexible Schweizer Arbeitsmarkt kann seine Anpassungsfähigkeit nur mit Massnahmen ohne anreizverzerrende Wirkung erhalten. Deshalb unterstützt der Dachverband das Impulsprogramm des Bundesrats, das dem demografisch bedingten Fachkräftemangel entgegenwirkt und das Potenzial besonders älterer Arbeitskräfte besser erschliesst.

Die neu zusammengesetzten nationalen Räte müssen ihre Hausaufgaben in der nächsten Legislatur besser machen. Wo die Hebel in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik anzusetzen sind, zeigt der Dachverband in einem Forderungskatalog auf.

Der Forderungskatalog des SAV ans neue Parlament findet sich auf der Website [arbeitgeber.ch](http://arbeitgeber.ch).

Kontakt:

WEITERE AUSKÜNFTE

Roland A. Müller, Direktor, Tel. 079 220 52 29,  
[roland.mueller@arbeitgeber.ch](mailto:roland.mueller@arbeitgeber.ch)

Marco Taddei, Verantwortlicher Suisse romande, Tel. 079 776 80 67,  
[taddei@arbeitgeber.ch](mailto:taddei@arbeitgeber.ch)

[arbeitgeber.ch](http://arbeitgeber.ch)